

# Leipziger Tageblatt

und  
**Handels-Zeitung**  
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 123

Hauptredaktion: Dr. Coert, Leipzig

Freitag, den 8. März

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1918

## Schweizer Neutralitätsverletzung

### Indiskretionen Abors

Sonnino erklärt, der Verner Italienische Gesandte sei vor der deutschen Offensiv gewarnt worden.

Vern, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Neutralitätskommission des Schweizerischen Nationalrats ergreife eine Anfrage des Nationalrats Jäger Ansuchen und Beunruhigung, der Auskunft darüber wünschend, ob es wahr sei, daß Bundesrat Abor einen Bericht des früheren Schweizerischen Gesandten in Berlin, Dr. Haab, der das unmitteldbare Vorwissen der deutschen Offensiv gegen Italien ankündigte, zu einer unneutralen Handlung benutzte und davon dem italienischen Gesandten in Bern Mitteilung gemacht habe; ferner ob der Schweizerische Gesandte in Rom, Pianta, in einem späteren Bericht festgestellt habe, daß die italienische Regierung dieser Indiskretion große Bedeutung beigemessen habe.

In der gestrigen Sitzung der Neutralitätskommission wurde von Bundesrat Abor und Bundespräsident Calonder Aufklärung über die Angelegenheit gegeben. Bundespräsident Calonder gab auf Grund der Untersuchung und der Akten die Erklärung ab, daß nicht die geringste Ankorrektheit Abors vorliege. Weder der Bericht von Dr. Haab, noch der Bericht Piantas hätten die erwähnten genauen Angaben enthalten. Der Bericht Haabs habe nur eine allgemeine Andeutung auf eine offensichtlich bevorstehende militärische Aktion der Zentralmächte gemacht, ohne ihre Richtung anzugeben. Der Bericht Piantas habe nur die Aussage eines untergeordneten Beamten in Rom gemeldet. Alles übrige, insbesondere der Zusammenhang zwischen dem Bericht von Haab und einer angeblichen Indiskretion des Herrn Abor, sei eine Kombination.

Vern, 8. März. (Eig. Drahtbericht.) Neben dem Fall Abor, der trotz der beruhigenden Erklärungen des Bundespräsidenten großes

Auffsehen erregt, wird in der „Verner Tagwacht“ eine ergänzende, aus den Verhandlungen der Neutralitätskommission schöpfende Darstellung der gesamten Kommission gegeben. Die Erklärung des Kommissionspräsidenten wichte wie ein Donnererschlag. Unter dem Eindruck der ersten Nachricht spricht man von einer Affäre, die an Tragweite alles Bisherige übertriffe. In Lausanne liegt folgendes vor: In einem Bericht Piantas, des Schweizerischen Gesandten in Rom, wird ein Gespräch mit einem Beamten des italienischen Ministeriums des Aeußeren erwähnt, der Pianta gegenüber äußerte, daß Sonnino erklärt habe, der italienische Gesandte in Bern sei von Abor vor der deutschen Offensiv gewarnt worden. Andererseits steht fest, daß der Schweizerische Gesandte in Berlin, Dr. Haab, dem Bundesrat wiederholt über die Lage berichtet, aber nicht auf Grund irgendwelcher offizieller Mitteilungen, sondern nur gemäß auf inoffizielle Wahrnehmungen. Bundesrat Abor gibt zu, daß er mit dem italienischen Gesandten über die Offensiv gesprochen habe, bestritt aber entschieden, daß er sich auf die Berichte Haabs stütze und daß das Gespräch zu einem Zeitpunkt erfolgte, daß man seine Mitteilung als Warnung hätte verwenden können. Zudem habe er dem italienischen Gesandten nicht mehr gesagt, als was damals in allen Schweizerischen Zeitungen zu lesen war. Die Neutralitätskommission habe keinen Grund, die Darstellung zu bezweifeln, zumal da ihr keine andere Tatsache vorliegt, die andere Schlüsse zuließe. Freilich ist zu sagen, daß dem Gespräch offenbar die nötige Vorsicht mangelte und daß der italienische Gesandte wahrscheinlich die Gelegenheit benutzte, seine Unentbehrlichkeit möglichst vorteilhaft herauszujucheln. Die Neutralitätskommission hat nun beschlossen, durch ihre Unterkommission für politische Angelegenheiten noch Einricht in die Berichte von Dr. Haab und Pianta zu nehmen, und sie wird zweifellos nach Abschluß der Verhandlung der Sache im Nationalrat Erklärungen abgeben.

Amlich wird in später Abendblättern folgendes mitgeteilt: „Gegenüber einem unbegründeten Gerücht, das in der Neutralitätskommission zur Sprache kam, stellte der Bundesrat fest, daß die Behauptung, wonach der Chef des politischen Departements im Herbst des Jahres 1917 Nachrichten über den Zeitpunkt der Offensiv der Zentralmächte in Italien mitgeteilt hätte, durchaus unrichtig ist. Es liegt vielmehr eine unkorrekte Haltung des Chefs des politischen Departements vor.“

### Um Japans Waffenhilfe

Jedesmal, wenn man in Paris und London in schwerer Sorge war, wandten sich aller Augen nach Osten, wo der rätselhafteste Bundesgenosse seit den Tagen von Kiautschau ruhig und gelassen, fast wie ein Neutraler, auf das wilde Kriegstheater im Westen herabsah und die Schätze einjammelt, die ihm die Kriegsnote des Abendlandes in den Schoß wirft. Für die Räte seiner Bundesgenossen hatte er bald ein verbindliches Lächeln, bald beißenden Spott, und immer ein taubes Ohr. Sein Krieg war zu Ende, er hatte ihm ja bei verschwindend geringen Blutopfern Früchte getragen, die, schon jetzt überreich, sich heute in ihrer bereitwilligen Größe und Bedeutung gar nicht übersehen lassen. Um die immer mißtrauischer werdenden Blicke aus London, Washington und Paris kümmerte er sich nicht; denn Kipporen ist weit und der Krieg so schwer. Aber diesmal ist der Risikorei, besonders aus Paris, so eindringlich wie noch niemals vorher in dieser Kriegszeit. Im Westen zieht sich ein fürchtbares Unwetter zusammen, das gegenüber der Friedenssonne des Ostens noch gefährlicher erscheint und das man vergeblich durch teils drohende, teils überhebliche Worte zu verschweigen sucht.

Darum hat London nach langem Sträuben seinen Widerstand gegen eine japanische Aktion im Osten aufgegeben, und, wenn nicht alles trügt, werden auch die Männer der Wallstreet schließlich ihren Widerstand gegen den bestgehabten Freund und Bundesgenossen aufgeben. Der Entschluß ist sicherlich nicht leicht, das geht aus all den gewundenen Erklärungen hervor, die Reuters aus London und Washington verbreitet. Die angelsächsischen Mächte wissen gut, daß es ein gefährliches Spiel ist, das sie im Osten spielen, daß sie ihren ganzen Einfluß, ihre ganze Macht verlieren können, die der kluge Mann dort schon bedenklich unterminiert hat. Aber die Länge des Krieges, die Wendung des Kriegsglücks, die Not, die noch nie so war wie jetzt, nehmen jenseit der Ärmel die Wahl und lassen wenigstens die Franzosen noch immer nach dem fröhlichen Blick japanischer Hilfe blicken.

So will man also, das ist aus den Andeutungen Reuters herauszulesen, schweren Herzens die japanische Hilfe für die Gewährung freier Hand in Ostasien erkaufen. Welche Wirkung aber, so fragt man sich, kann man von einer aktiveren Handlung Japans erwarten? Ein Eingreifen an der Westfront kann unmöglich in Frage kommen. Der Weg ist weit und gefährlich, und der vorhandene Schiffsraum für diese Zwecke nicht ausreichend. Die Entente erlebt hier wieder einmal das „zu spät“. Wozu denn also der Lärm? Das französische Volk tritt zum letzten und schwersten, zum entscheidenden Waffengang in die Schranken. Sein Herz, durch den fürchtbaren Blutverlust schwächer geworden, braucht eine anregende Einspritzung, damit es mit neuem Hoffen dem Gegner die Stirne bieten kann. So erhielt es Diphons Entwürfen und nun die Hoffnung auf Japans Hilfe.

Japan hat sich aber bisher wie immer aus geschwiegen, aber seine Truppen sollen bereits auf Irkutsk marschieren. Das erscheint glaublich und entspricht seiner bisherigen Politik. Die Mandchurei hat es bereits wirtschaftlich völlig durchdrungen, nun verschärft es sich der Verkehrsmittel Sibiriens, ein wichtiger Schritt weiter, eine Etappe mehr zu dem künftigen japanisch-asiatischen Imperium. Und das alles geht mit ausdrücklicher Zustimmung seiner natürlichen Nebenbuhler im Osten. Der japanische David erstickt zusehends, mit Billigung des englischen Goliath. Und wenn das Ziel erreicht ist, — Japan hat bisher keinen Zweifel gelassen, daß es nicht gesonnen sei, für andere Kasernen aus irgendeinem Feuer zu holen. Man weiß in Japan ganz wohl, gegen wen Wilson eigentlich rüftet. Darum hat man in Tokio auch nicht das leiseste Interesse an einer schnellen Beendigung des Krieges, wenigstens nicht eher, als bis auch die Vereinigten Staaten, nach England der gewichtigste Konkurrent in Asien, einen gehörigen Überlach davongetragen haben. In Deutschlands Niederlage liegt Japan kaum etwas, es hat eher ein Interesse daran, daß in Europa ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen der Entente und den Mittelmächten aufrechterhalten bleibt. Je stärker diese bleiben, desto weniger brauchte es mit ihnen zu rechnen, wenn die unausbleibliche große Auseinandersetzung im Osten kommt.

Aber Clemenceau hat zunächst, was er will. Er hat den Fall Solo, den Fall Callaux und noch einiges andere und nun auch — wieder einmal — das Trugbild japanischer Waffenhilfe. Vielleicht hält es sich wenigstens bis zu der großen Frühjahrsoffensive.

Von gutunterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Der Aufmarsch Japans in Sibirien ist keine plötzliche Unternehmung der letzten Tage und Wochen, sondern wird seit einem Jahre systematisch vorbereitet. Schon im Frühjahr 1917 hatte Japan die ganze Mandchurei besetzt. Briefe aus Chardin trugen nur noch die japanische Marke. Japan war nicht nur im Besitz der Post und des Telegraphen, sondern der gesamten Verwaltung. Das war zu Risikowas Zeit. Dann kam Kerenski. Er willigte in die Abtretung der Eisenbahnstrecke Chardin—Kuantchenbyn an Japan gegen Zahlung einer einmaligen Entschädigung. Für die bisher russische Strecke Mandchurei—Chardin—Wladiwostok stellte eine neue japanische Finanzgesellschaft eine große Anzahl von Wagen und Lokomotiven der provisorischen Regierung zur Verfügung. Gegenleistung: Japanisches Kontrollrecht. Die Eisenbahndirektion von Chardin wurde durch vier höhere japanische Beamte für den technischen und kaufmännischen Dienst verstärkt. Ebenso wurden die Streckenverwaltungen in Chollar, Tjihar, Bodune, Chardin und Kuantchenbyn von japanischen Kontrollleuten in die Hand genommen. Japaner setzten sich an die Kasernen und Stellwerke. Sofort übernahmen auch Japaner das Postwesen und die Polizei längs der beiden Bahnstrecken und innerhalb des Hundertverfügebietes links und rechts

### Der deutsche Heeresbericht

Amlich. Großes Hauptquartier, 8. März.  
Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
Bei Durchführung erfolgreicher Erkundungen wurden sich von Marchem 30 Belgier, nordöstlich von Fesluber 23 Engländer gefangen genommen. Der Artillerie- und Minenwerferkampf lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.  
Sturmabteilungen brachten von einem Vorstoß östlich von La Neuville (südlich von Verron-an-Bac) eine Anzahl gefangener Franzosen zurück. Im übrigen blieb die Gefechtsfähigkeit auf Störungsfeuer beschränkt, das sich auf dem westlichen Mars-Äber vorübergehend steigerte.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.  
An der lothringischen Front entwickelte die französische Artillerie zwischen Sella und Plaine rege Tätigkeit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff. (W. T. B.)

### „Sie kommen nicht durch“

Eine Ansicht Clemenceaus.

Vern, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Im „Wamb“ schreibt Clemenceau: Der französische Ministerpräsident hat in der Sorbonne eine Ansprache gehalten und darin von Beobachtungen erzählt, die er (soeben an der französischen Front gemacht habe. Sie kommen nicht durch, haben mir unsere Soldaten geantwortet, sagte Clemenceau in dieser Rede. Diese Worte, so meint Clemenceau, bedeuten die völlige Umkehrung der strategischen Verhältnisse; denn das Wort: „Sie kommen nicht durch“, ist von den Deutschen im Februar 1915 in der ersten Champagne Schlacht geprägt worden, und in den Schlachten der kommenden Jahre bis zu den großen Kämpfen bei Combray im November 1917 mit verschiedenen Abtönen immer und immer wiederholt worden. Die Franzosen, die, wie die Engländer, drei Jahre zur Offensiv angehalten waren, bedienten sich dieser Worte während des Stellungskrieges nur einmal, nämlich vor Verdun, wo die einzige strategische Offensiv der Deutschen stattfand, die die französische Wehrstellung in größte Gefahr brachte. Jetzt sind die Rollen auf beiden Seiten vertauscht worden. Clemenceau schreibt am Schluß seines militärischen Berichtes, daß man der Offensiv jetzt nicht nur zeitlich, sondern auch operativ beizutreten näher gekommen sei.

### Die Friedensbewegung in England

Veranstaltungen für Lansdownes Politik.

Saag, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Newe Kollaborative Courant“ aus London meldet, fand dort eine Versammlung statt, die den Zweck hatte, die Vorschläge von Lord Lansdowne zu unterstützen. Den Vorsitz führte der Herausgeber des „Economist“ Herr L. Es lag ein Brief des Lord Lansdowne vor, der Lansdowne zu seinem demütigen und bisfälligen Brief bei „Economist“. Der Brief wird als die Versicherung eines weisen Staatsmannes mit reicher Erfahrung bezeichnet. Der Vorsitzende Herr L. erklärte, der Gedankengang Lord Lansdownes werde vermutlich von der deutschen Mehrheit des vertriebenen Reichstages übernommen werden. Die Politik des abholten Elages sei für die elische Menschen, die einen gerechten Frieden wollten, ein schwerer Schlag gewesen. Das Parlament möge sich sofort entschließen, die Friedensforderungen seien nicht zu vernachlässigen, aber trotzdem werde man im

Felde stehen. Das Vorgehen Japans würde den Allierten neue Vermehrungen bringen. — Man beschloß, ähnliche Veranstaltungen in allen Teilen des Landes abzuhalten, und es wurde der Wunsch ausgedrückt, daß Lord Lansdowne persönlich die Führung der Bewegung übernehmen soll.

### Das Babanque-Spiel der Entente

Jarih, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Der „Järcher Tagesanzeiger“ und mit ihm andere Schweizer Wälder betonen, es sei möglich, daß die jetzt in Sibirien vordringenden Japaner sich plötzlich nach Süden wenden und dem Land ihres geliebten Sehens, nämlich Indien, zustreben würden. Ein Feldzug Japans durch ganz Rußland hindurch gegen Deutschland sei angeht der russischen Anordnung ein gewagtes Unternehmen und b'deute eigentlich ein Babanque-Spiel der Entente, an dem das schlaue Japan sich kaum beteiligen dürfte. Beachtenswert sei die verhältnismäßig anständige Behandlung der deutschen Staatsangehörigen durch die Japaner, was ebenfalls darauf schließen lasse, daß Japans Feldzug in Sibirien nicht als Ziel habe, gegen Deutschland zu marschieren.

Basel, 8. März. (Eig. Drahtbericht.) Die „Basler Nachrichten“ melden aus London: „Das Volk“ berichtet, daß mit Genehmigung der Regierung zwischen englischen und japanischen Organen Verhandlungen im Gange sind, die dahin führen sollen, die Handels- und industriellen Beziehungen des Reiches im äußersten Osten für die Zeit nach dem Kriege möglichst zu beinhalten. Diese Verhandlungen sollen auch Bankinteressen betreffen.

### Die Ortsbebauungspläne der sächsischen Regierung

Dresden, 8. März. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Die vor einigen Tagen an die Zweite Kammer gelangte Regierungsvorlage, nach der unter anderem die Kreisbauvereine unter gewissen Bedingungen Ortsbebauungspläne aufstellen können, steht sehr harmlos aus, bedeutet aber trotzdem einen starken Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, der besonders den Großstädten wie Dresden, Leipzig und Chemnitz erhebliche Schwierigkeiten bereiten kann. Die bauliche Entwicklung der Gemeinden und damit auch die Einflüsse auf die praktische Gestaltung der Wohnungsfürsorge kann ihnen durch jene Regierungsvorlage, wenn sie Gesetz wird, aus der Hand genommen werden. Schon das allein bedeutet eine große soziale Gefahr und rechtfertigt es, daß alle Gemeinden, die ihrer Entwicklung keinen Damm vorbauen wollen, dieser neuen gesetzgeberischen Absicht des Ministeriums des Innern mit großem Mißtrauen entgegen treten.

Das wird auch im Landtag zum Ausdruck gelangen. In der Zweiten Kammer werden die Nationalliberalen Eisherben für die Selbstverwaltung der Gemeinden auch auf dem Gebiete der Wohnung und städtischen Erweiterung verlangen. Im sächsischen Herrenhaus werden aus den Kreisen der dortigen Vertreter der sächsischen Großstädte vornehmlich die Bedenken über die soziale und rechtliche Stellung des beabsichtigten Gesetzes hervorgehoben werden. In diesem liegt bei vorurteilloser Würdigung der Verhältnisse der selbständigen Verwaltungen der sächsischen Gemeinden keinerlei Anlaß vor. Es kann leicht zu einem Hindernis ihrer gesunden Entwicklung werden, das die Gemeinden zu einer Zeit trifft, in der voraussichtlich alle Verhältnisse dahin drängen, die Wohnungsfürsorge zu erleichtern, falls sie mit allerlei neuen städtischen Verwaltungen und Aufsichtsmahnahmen zu bepacken. Auch in wohnungsreformlichen Kreisen hat man daher Ursache, der Einführung des Landesgesetzes über diesen Gegenstand mit großer Anteilnahme entgegen zu sehen.